

Handreichung

Das neue Klimagesetz, das die Initiative „Zukunftsentscheid Hamburg“ per Volksentscheid will, verpflichtet den Senat zu „Sofortprogrammen“, wenn die jährlichen Reduzierungsvorgaben nicht eingehalten werden. Im Klartext heißt das, dass gegen die Emissionsverursacher – das sind die Bürgerinnen und Bürger – Verbote und Zwänge erlassen werden.

Die SPD will – genauso wie die Initiative – ein klimaneutrales Hamburg vor 2045. Doch anders als die Initiative sind wir überzeugt, dass man ein höheres Tempo zur Klimaneutralität nicht seriös versprechen und schon gar nicht per Gesetz vorschreiben kann.

Wir sind überzeugt, dass wir die Klimaneutralität schaffen, bleiben dabei aber auch realistisch: Niemand kann 15 Jahre in die Zukunft blicken – in solch einem langen Zeitraum kann viel passieren, was uns voranbringt oder bremst. Damit alle auf dem Weg in die Klimaneutralität mitgenommen werden, muss die Politik flexibel und anpassungsfähig bleiben.

Ein starres Klimagesetz mit rigiden Vorgaben und jährlichen Budgets und damit mangelnder Flexibilität schränkt die Handlungsfähigkeit der Politik über Jahrzehnte ein. Was der Politik dann bleiben würde, wären vor allem der kurzfristige Erlass von Verboten und Zwänge, wenn die Jahresvorgaben nicht eingehalten werden können. Im Klartext: Fahrverbote für Verbrennerautos in unserer Stadt, starre Umbauverpflichtung für Heizungen, Arbeitsplatzgefährdungen bei Betriebsschließungen – und anderes mehr. Das wird – wie beim „Heizungsgesetz“ – große Widerstände auch in Hamburg hervorrufen – und unter Umständen das Gegenteil von nachhaltigem Klimaschutz bewirken.

Eine so große Aufgabe wie die Klimaneutralität muss gemeinsam und mit Verantwortung für die Menschen gewältigt werden. Das Ziel ist ehrgeizig und benötigt Freiraum für Kreativität und Innovation, keine Verbote und darauffolgende hitzige Debatten.

Das bestehende Hamburger Klimaschutzgesetz und der Gesetzentwurf der Initiative weichen in den Zielvorgaben erst ab dem Jahr 2035 wesentlich von einander ab. Was jetzt beschlossen werden soll, ist also kein höheres Tempo ab jetzt, sondern drohende Zwänge, Bevormundung und Verbote in einer Zukunft, die heute noch niemand absehen kann.

Der rot-grüne Senat unter Bürgermeister Peter Tschentscher (denkt an seine berühmten Worte im Wahlkampf 2020: „Grüner wird’s nicht!“) hat seit Jahren seinen ersthaften Willen und die Kompetenz für ein klimaneutrales Hamburg erklärt und bewiesen, in dem er hunderte von kleinen und großen Maßnahmen in allen Bereichen der Stadtgesellschaft begonnen und umgesetzt hat.

Deshalb: keine Unterstützung für den „Zukunftsentscheid“!

Nutze den Flyer, um das Gespräch zu suchen

Es ist wichtig, mit den Hamburgerinnen und Hamburgern ins Gespräch zu kommen, um unsere Position zum Volksentscheid zu verdeutlichen und die bestehende Alternative zu erläutern, mit der wir Klimaneutralität erreichen wollen. Der Flyer ist eine gute Gesprächsvorlage – wichtiger ist aber gezielt, den Dialog mit den Hamburgerinnen und Hamburgern zu suchen und sie mit Argumenten zu überzeugen.

Argumentationshilfen

- Mache deutlich, dass die CO₂-Verursacher wir selbst sind – wenn wir Auto fahren, in den Urlaub fliegen, die Wohnung heizen, für ein produzierendes Unternehmen oder im Hafen arbeiten.
- Erkläre, dass der bestehende Klimaplan bereits zu einer Reduktion um etwa 50 Prozent CO₂-Emission in Hamburg geführt hat und zuverlässig zu einer Reduktion um 70 Prozent bis 2030 führen wird.
- Weise darauf hin, dass der bestehende Klimaplan auf massive Investitionen und technische Innovation, z.B. in erneuerbare Energien, setzt. Das sind keine kleinen Tropfen auf den heißen Stein, sondern wirkungsvolle Großprojekte. Beispielsweise werden auf Hamburgs Dächern Photovoltaikanlagen installiert, die zusammen etwa so viel Strom erzeugen wie der Block eines Atomkraftwerkes.
- Argumentiere, dass sich hinter der Formulierung „Sofortprogramme gegen Emissionsverursacher“ letztlich Verbote, Zwänge und Kosten für die Hamburgerinnen und Hamburger verbergen. Denn bei Nichterreichen der Vorgaben bleiben der Politik keine anderen Handlungsspielräume. Das bedeutet letztendlich auch mehr Bürokratie. Denn strengere Vorgaben müssten auch erhoben, dokumentiert, überwacht und sanktioniert werden.
- Mache darauf aufmerksam, dass der bestehende Klimaplan mit wichtigen Akteuren der Stadtgesellschaft – Industrie, Wohnungswirtschaft, Verkehrsträgern, Umwelt- und Sozialverbänden abgestimmt ist und diese die Maßnahmen mittragen. Einige dieser Akteure, wie zum Beispiel die sozialen Vermieter, warnen bereits eindringlich vor den Folgen eines neuen Klimaplans.
- Werbe dafür, dass das bestehende Klimagesetz und der dahinterliegende Klimaplan, der übrigens maßgeblich von den GRÜNEN mitentwickelt und im Koalitionsvertrag bestätigt wurde, nicht für ein Hamburger „Heizungsgesetz“ eingetauscht werden darf.
- Deswegen: Keine Unterstützung für den „Zukunftsentscheid“. Nicht, weil wir gegen Klimaschutz sind, sondern weil wir gegen unabsehbare Kostensteigerungen und kurzfristige Verbote sind, die besonders die Hamburgerinnen und Hamburger mit kleinerem Einkommen treffen. Wir glauben an unseren Klimaplan, der seit Jahren funktioniert.